

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

245 (5.12.1927)

Erscheinung: täglich
mit Ausnahme der Feiertage.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Ausläufer frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.

Verlagsdruck-Anschluß Nr. 465

Postfach-Konten
Karlsruhe Nr. 8908

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung **Gegr. 1839**
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.

Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.

Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Bereitsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.

vierteljährliche und verbreitetste Zeitung d. regens. Haupt-Anzeigen-Blatt

Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus und Landwirtschaft

Nr. 245.

Montag, den 5. Dezember 1927.

88. Jahrgang

Scharfe Worte gegen Italien.

Die französische Presse über angebliche italienisch-französische Verhandlungen.

Paris, 4. Dez. Der Temps wendet sich heute abend mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die Gerüchte von bevorstehenden italienisch-französischen Verhandlungen und vor einer von Briand angeblich vorgeschlagenen Begünstigung mit Mussolini. Das Blatt bezeichnet diese Gerüchte als haltlos und jeder Begründung entbehrende Kombinationen. Der gestern abend erfolgte Abschluß eines Niederlassungsvertrages, der ein neuer Beweis für die freundschaftlichen Absichten der französischen Regierung gegenüber Italien sei, könne sicher als ein günstiger Auftakt für eventuelle spätere Verhandlungen angesehen werden. Darüber hinaus aber sei bisher in dieser Richtung nicht nur nichts geschehen, sondern auch einweislich nichts vorbereitet und nichts geplant. Daß es in absehbarer Zeit zu einer Vereinigung der französisch-italienischen Beziehungen komme, hänge außerdem nicht von Frankreich allein ab. Die französische Regierung habe ihre Bereitschaft dazu unzweideutig bekundet. Das Echo, das sie damit in Italien gefunden habe, sei alles andere als ermutigend und es müsse einmal klipp und klar gesagt werden, daß die systematische Verheerung in der sich die von der italienischen Regierung kontrollierte Presse

gegenüber Frankreich gefalle, auf die Dauer einen höchst gefährlichen Zustand schaffen müsse.

Auch der Matin ist der Ansicht, daß überstürzte Verhandlungen die Situation eher verschärfen, als verbessern könnten, da jedes Fiasko die Dinge auf die Spitze treiben müßte. Bisher hätten sich die Klagen und Beschwerden, die Italien gegen Frankreich hatte, fast ausschließlich auf die Vergangenheit bezogen. Heute aber werde Frankreich offen des Verrates, des Bündnisses mit Italiens Erbfeind beschuldigt. Der Abschluß des Vertrages mit Jugoslawien werde in ganz Italien als eine „nicht wieder gut zu machende Herausforderung“ angesehen. Die dadurch geschaffene Situation könne, da Italien den Anspruch auf seine Vormachtstellung auf dem Balkan aufrecht erhalte und es ablehne, seinen Einfluß in Mittel- und Osteuropa mit Frankreich zu teilen, weder durch eine Unterredung noch durch direkte Verhandlungen aus der Welt geschafft werden. Man könne höchstens versuchen, auf diplomatischem Wege die mannigfachen Mißverständnisse zu klären, und erst wenn die Atmosphäre gereinigt sei, könne eine persönliche Begegnung wünschenswert werden.

Wirtschaftsdepression.

Wenn die Berliner Presse in ihren Handelsnachrichten heute von einer „zuversichtlicheren Stimmung“ spricht, so darf man bei uns in der „finsternen Provinz“ sehr wohl behaupten, daß wir uns eher in einer starken Depression befinden und für den Berliner Optimismus wenig Verständnis haben. Von selten unserer Privatbanken, die zum größten Teil als sehr gut fundiert gelten müssen, wird uns heute versichert,

daß seit 1924 eine derartige Kapitalknappheit noch nie bestanden hätte.

Die Aufsichtsräte tagen bis in die tiefen Nachtstunden und suchen irgend einen Ausweg zu finden, um der Wirtschaft, vornehmlich auch den kleineren Wirtschaftskreisen, dem Handwerk und Gewerbe, weitere Kredite gewähren zu können. Wenn die Dresdener Bank in ihrer Monatsübersicht bereits von einer

Erweiterung des Zahlungsmittelumsaues

spricht, wobei wir allen Ernstes nur an eine gedeckte Erweiterung denken — gegen eine zweite Inflation würde sich das ganze deutsche Volk und diesmal mit Erfolg wenden —, so kann man wiederum nicht von einer zuversichtlicheren Stimmung sprechen.

Wir müssen von Zeit zu Zeit zu einer außergewöhnlichen Kapitalverknappung kommen, solange unsere Handelsbilanz monatlich Passiva von rund 300 Millionen aufweist. Es muß hier naturgemäß eine, nicht einmal sehr langsame Verblutung eintreten.

Ob wir ohne eine Neueinführung von Zwangsmaßnahmen jemals dazu kommen,

einen Ausgleich der Handelsbilanz herzustellen, das darf man mit Recht bezweifeln, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß während der besseren Wirtschaftskonjunktur dieses Jahres die Handelsbilanz sich bedeutend verschlechterte. Die Hoffnungen, die auf den russischen Export gesetzt worden sind, waren bekanntlich vollständig trügerisch.

Der von dem Reichsbankpräsidenten herbeigeführte bekannte schwarze Freitag hat unsere Börse für das Jahr 1927 ziemlich erledigt. Die Kurse haben sich so gut wie nicht erholt. Dr. Schacht hat dadurch allerdings erreicht,

daß die Banken eine Umstellung vom Börsengeschäft auf die Finanzierung von Industrie und Handel

durchgeführt haben. Die letzten zwei Monatsauszüge der Banken, die heute vorliegen, zeigen das auf das Deutlichste. Man errechnet, daß die Börsenkredite seit Anfang Mai um etwa 300 Millionen Reichsmark reduziert und reiflos der Wirtschaft zugeführt worden sind. Aus anderen Quellen, insbesondere aus den Einlagen, die sich erfreulicherweise stark vermehrt haben, konnten bis August 200 Millionen und im September/Oktobre weitere 272 Millionen freigegeben werden.

Das sind rund 2/3 Milliarden Mark, die wesentlich daran mitgescholten haben, die Spätsommerkonjunktur im Schwunge zu halten.

Demgegenüber steht aber leider die Tatsache, daß die Wechselkredite seit dem Februar um rund eine Milliarde erhöht worden sind. Dieses erhöhte Kreditbedürfnis mag ja ebenfalls in hervorragender Weise zur Verbesserung der Konjunktur beigetragen haben; wir scheinen aber jetzt an dem bekannten Punkt angelangt zu sein, wo die Realisierung der Produktion in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden muß, wenn nicht die Währung ins Schwanken geraten soll. Eine weitere Aufblähung scheint nicht mehr tragbar zu sein.

Wenn die Börse heute wieder ein freundlicheres Gesicht zeigt, so ist diese Tatsache weniger auf die Stabilität der Gesamtwirtschaft begründet, vielmehr muß man annehmen, daß man in Bank- und Börsenkreisen gewillt ist, eine Stützungsaktion für die Börse einzuleiten,

welche jedoch zum großen Teil auf Kosten des der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitals erfolgen müßte. Dr. Schacht hat in den letzten Tagen anscheinend erkannt, daß seine fraßvollen Reden nicht ganz das geeignete Instrument sind, seine Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Einerseits hat er sich zu einer Aussprache mit dem Präsidenten des Städtetages, Dr. Muler, herbeigelassen und in den nächsten Tagen wird eine weitere Zusammenkunft mit einer

Reihe Vertretern der Großstädte stattfinden, eine bedeutungsvolle Tagung, an der auch Oberbürgermeister Dr. Jarres teilnehmen wird. Sehr interessant sind die Ausführungen des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Vög, der gestern im Berliner Stadtparlament folgende Erklärung abgegeben hat:

„Ich kann mir nicht denken, daß Dr. Schacht eine Politik treiben will, die die Städte zwingt, ihre Werke zu verkaufen. Es würden als Käufer doch nur Ausländer in Frage kommen. Reich und Länder haben in jahrelanger Arbeit gesorgt, daß die Werke in deutsche Hand gelangten, so beispielsweise, als man die englischen Gaswerke kaufte. Ich bin davon überzeugt, daß Dr. Schacht die Sorge um die Wahrung zu seinen Ausführungen getrieben hat, doch glaube ich, daß ihm dabei ein Gedankenfehler unterlaufen ist, und nehme an, daß er sich bereits auf dem Wege der Erkenntnis befindet. So hat er sich jetzt bereit erklärt, Verhandlungen mit den deutschen Städten über den Ausbau ihrer Werke und über ihre Anleihenpolitik zu führen.“

Wenn man die Lage nicht allzu pessimistisch beurteilen will, so darf man sagen,

daß von leitender Stelle aus der Versuch gemacht wird, der heutigen Depression entgegenzutreten.

Eine fühlbare Besserung wird aber wohl noch einige Wochen auf sich warten lassen. Man wird vielleicht auch mit vereinter Kraft bald dazu übergehen müssen, dem Grundübel, der passiven Handelsbilanz entgegenzutreten.

In der Zwischenzeit werden aller Voraussicht nach die schwersten Lasten wieder von den Kommunen zu tragen sein. Jeder Sparmaßnahme wird, wie vor zwei Jahren, an der verhängnisvollen Auswirkung der hohen Finanzpolitik scheitern müssen. Hoffen wir einmal vorläufig, daß eine Besserung auf dem Kapitalmarkt so rasch eintritt, daß wir von außerordentlichen Hilfsmaßnahmen verschont bleiben, die sich ja immer wieder an den Steuerzetteln der Bürgerschaft auswirken.

Die 48. Völkerverbundstagung in Genf

Unterredungen Briands mit Litwinow und Stresemann.

Genf, 5. Dez. (Zuntzpruch.) Im Laufe des gestrigen Sonntags haben bereits die ersten Fühlungsnahmen zwischen den zu der Ratstagung eingetroffenen Außenministern stattgefunden. Briand und Chamberlain trafen in dem gleichen Zuge gestern vormittag aus Paris ein. Mit ihnen Lady Chamberlain und Rouheur. Der polnische Außenminister Jalecki ist bereits vorgestern abend hier eingetroffen.

Briand hatte gestern vormittag längere Aussprachen zunächst mit Paul Boncour, sodann mit Jalecki, Genesich und dem französischen stellvertretenden Generalsekretär des Völkerverbundes, Avenol. Der englische Außenminister war von Briand zu einem Frühstück eingeladen worden, an dem weiter keine Persönlichkeiten teilnahmen. Im Laufe des Nachmittags empfing Briand den Präsidenten der Abrüstungskommission London und den Präsidenten der gegenwärtigen Ratstagung, den chinesischen Gesandten Tscheng Loh. Es ließe jedoch noch nicht endgültig fest, ob dieser tatsächlich heute den Vorsitz im Rat übernehmen wird. Für gestern nachmittag ist weiter zunächst eine Besprechung zwischen Briand Litwinow und sodann eine Unterredung zwischen Briand und Stresemann vorgesehen gewesen.

Wie von gut informierter französischer Seite verlautet, wird die Unterredung zwischen Briand und Litwinow vor allem die Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen, ferner die Regelung des polnisch-litauischen Streitfalles, die kommunistische Propaganda in Frankreich, die Verhandlungen der Abrüstungskommission und voraussichtlich auch die französisch-russische Schuldregelung zum Gegenstand haben. An der Unterredung mit Litwinow wird auch Lunatscharski teilnehmen.

Dr. Stresemann traf gestern mittag aus Nürnberg hier ein. In seiner Begleitung befindet sich Ministerialdirektor Gans und Legationsrat Redlich abber. Dr. Stresemann ist wie üblich im Hotel Metropole absteigend. Staatssekretär von Schubert wird erst am Dienstag hier erwartet, da er am Montag im Abteingebiet weilte. Heute nachmittag trifft der übrige Teil der deutschen Delegation mit dem Reichs-

presschef Zschlin hier ein. In der Unterredung zwischen Briand und Stresemann wird in erster Linie die Regelung des polnisch-litauischen Konflikts zur Erörterung gelangen. Hierüber sind in den letzten Tagen noch eingehende Verhandlungen zwischen der englischen, französischen und deutschen Regierung geführt worden, ohne daß bisher ein abschließendes Ergebnis dieser Verhandlungen vorliegt. Im Vordergrund steht noch immer die Schaffung eines Dreierkomitees, dem die weitere Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles übertragen werden soll. Ob Deutschland an diesem Dreierkomitee teilnehmen wird, steht bis zur Stunde noch nicht fest und wird wohl erst in der Unterredung zwischen Briand und Stresemann geklärt werden. Von deutscher Seite wird man wohl nach wie vor mit großem Nachdruck jede Einschränkung der Unabhängigkeit Litauens ablehnen und auf eine friedliche Regelung des Streitfalles drängen.

Der litauische Ministerpräsident Voldemaras traf gestern nachmittag in Genf ein. Es steht zur Stunde immer noch nicht fest, ob und wann Viludski nach Genf kommen wird. In Völkerverbundskreisen rechnet man jedoch nach wie vor mit der Möglichkeit, daß Viludski an den voraussichtlich am Ende der Woche stattfindenden Verhandlungen im Völkerverbundsrat teilnehmen wird.

Die Aussprache der Außenminister

Ein Fünferkomitee für den polnisch-litauischen Konflikt?

Genf, 5. Dez. (Zuntzpruch.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags und abends haben weitere Verhandlungen der hier eingetroffenen Außenminister stattgefunden. Nachmittags suchte Litwinow Briand im Hotel de Berge auf, wo etwa eine Stunde verhandelt wurde.

Am 5 Uhr besah sich Dr. Stresemann zu Briand ins Hotel de Berge. Die Unterredung zwischen den beiden Außenministern dauerte bis 6 Uhr. Anschließend empfing Dr. Stresemann Litwinow im Hotel Metropole. Unterdessen hatte Chamberlain den Besuch des polnischen Außenministers entgegengenommen.

Im Laufe des Nachmittags ist auch der litauische Gesandte, Ministerpräsident Voldemaras hier eingetroffen, ferner der polnische Kommissar in Danzig, Straßburger. Zur französischen Delegation gehört auch der französische Gesandte in Kowno, der heute abend hier eingetroffen ist.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht gegenwärtig ausschließlich die polnisch-litauische Frage. Der Gedanke eines Dreierkomitees ist gegenwärtig in den Hintergrund getreten. Statt dessen will man ein Fünferkomitee bilden, das, wie bereits gemeldet, unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Blootland tagen soll, der auch zum Berichterstatter für den polnisch-litauischen Streitfall im Rat ernannt werden soll. Nach den bisherigen Verhandlungen soll das Fünferkomitee sodann noch aus Briand, Stresemann, Chamberlain und dem japanischen Botschafter in Paris Matschi bestehen. Jedoch ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

In Zukunft nur noch drei Ratstagungen im Jahre?

Genf, 5. Dez. Die Mitglieder des Völkerverbundes verhandeln gegenwärtig über die Herabsetzung der Zahl der jährlich viermal stattfindenden Ratstagungen. Man beabsichtigt auf Grund eines bereits mehrfach erörterten englischen Vorschlages in Zukunft nur noch drei Ratstagungen abhalten zu lassen und zwar im Januar, im Mai und im September. Die Entscheidung hierüber wird wahrscheinlich auf die Septembertagung vertagt werden, um der Vollversammlung des Völkerverbundes Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen Vorschlägen zu geben. Nach diesen Vorschlägen würde somit die Dezembertagung künftig in Fortfall kommen.

Heute Rückreise der deutschen und russischen Abrüstungsdelegierten

Genf, 5. Dez. (Zuntzpruch.) Graf Bernstorff erstattete gestern Stresemann Bericht über die Abrüstungskommission. Bernstorff kehrt mit den übrigen deutschen Delegierten der Abrüstungskommission heute, Montagvormittag, nach Berlin zurück.

Die sowjetrussische Delegation wird nach den bisherigen Dispositionen am Montag früh 11 Uhr Genf verlassen und sich gleichfalls zunächst nach Berlin begeben. Es steht jedoch noch nicht fest, ob nicht Lunatscharski, der zum russischen Vorschläger in Rom anwesend ist, sich bereits gleich nach Rom begeben wird, um dort seine Ernennung zum Vorschläger abzuwarten.

Abrüstungskommission am 15. März.

Genf, 3. Dez. Die Abrüstungskommission hat heute vormittag nach langwieriger Aussprache gegen die Stellungnahme des Sowjetrussischen Vertreters die Einberufung der Abrüstungskommission zu der zweiten Sitzung auf den 15. März festgesetzt. Der Vorschlag auf Einberufung auf den 15. März ging von dem Präsidenten London aus, der ausdrücklich feststellte, daß falls alles gut gehe, die Abrüstungskonferenz noch am Schlusse des Jahres 1928 zusammentreten könne. Mit einer kurzen Schlußansprache wurde sodann die Tagung der Abrüstungskommission für geschlossen erklärt.

Litauen verzichtet nicht auf Wilna

Kowno, 5. Dez. Die offizielle „Actwa“ veröffentlicht einen großen, das gesamte Titelblatt einnehmenden Artikel mit der Ueberschrift „Niemals“, in dem konsequent erklärt wird, daß Litauen niemals von Wilna abgeben werde und niemals auf Wilna verzichten würde. Das litauische Volk wolle friedliche und kulturelle Arbeit. Würde man ihm jedoch zumuten, auf Wilna zu verzichten, dann würde es einmütig aufstehen und rufen: „Niemals!“ Dieser Artikel, der in Litauen heute die Sensation bildet, dürfte die Stimmung widerspiegeln, die in den politischen Kreisen herrscht, die hinter Voldemaras stehen. Aber auch die oppositionel-

ten Blätter erklären heute einstimmig, daß eine Preisgabe Wilmas ausgeschlossen sei, da sie für Litauen das Aufhören der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit bedeuten würde.

Die ostafrikanische Union.

Eine englische Kommission prüft die Voraussetzungen n. Am 22. Dez. begibt sich die englische Ostafrikakommission in die britischen Territorien Ost- und Zentralafrikas, um mit den Gouverneuren dieser Gebiete die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen der von der englischen Regierung gehegte Plan einer ostafrikanischen Föderation verwirklicht werden könnte.

Die Zusammensetzung der Kommission begegnete im englischen Unterhause scharfer Kritik von Seiten der Opposition, die auch einen Vertreter der Arbeiterpartei in diese Fünferkommission ernannt sehen wollte, zumal der Führer der Kommission der bekannte Konserervative und frühere Finanzsekretär Hilton Young ist.

Owen gegen die Kriegsschuldlüge.

Newyork, 3. Dez. Bei der Steuerverfeier in Milwaukee erklärte der frühere Senator Robert Owen, daß der Weltkrieg nur von einigen wenigen Männern in den russischen, französischen und serbischen Außenämtern mit Zustimmung einiger führender Engländer geplant worden sei.

Deutscher Reichstag

Reichstagsansprache über Deutschlands Wirtschaftslage.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Das Haus legt die Ansprache über die Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Interpellation fort.

Abg. Lammer (Str.) stellt fest, daß der Umfang unserer Produktion wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht habe. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir von einer glänzenden Handelsbilanz noch weit entfernt sind.

Der Redner fordert enge Zusammenarbeit des Ministeriums mit den leitenden Männern der Wirtschaft. Die gegenwärtige Kartellwirtschaft sei auf die Dauer nicht tragbar.

bar, wenn nicht ihre klare Zielrichtung die Produktionsförderung sei. Lasse sich das auf natürlichem Wege nicht erreichen, dann sei ein Eingreifen des Staates unter möglicher Vermeidung von Zwangsmethoden notwendig.

Abg. Daur (D. Sp.) weist darauf hin, welche große Leistung die deutsche Privatwirtschaft durch die Einstellung von über 1 1/2 Millionen Erwerbslosen vollbracht habe. Zu einem ausgesprochenen Pessimismus liege keine Veranlassung vor.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) stellt fest, daß das Maß der inneren Ueberwachung Deutschlands auf die ausdrücklichen Vorschriften des Dawesplanes beschränkt sei. Eine überstarke Ausbeutung des Landes diene nicht der Wiederherstellung des Vertrauens.

Der Redner fordert, daß man von der Diskussion endlich zu Taten schreite. Die Forderung nach dem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat müsse an die Spitze gestellt werden. Das Neben- und Gegeneinanderarbeiten müsse aufgehoben werden.

Eingegangen ist ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gegen die Reichsregierung. (Geheim wurde auch von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag eingebracht.)

Abg. Noene (Komm.) kündigt an, daß die kommunistische Welle über das Bürgerturnum hinweggehen werde. Der Dresdener Eisenbahnstreik sei ein Zeichen der Zeit.

Abg. Dr. Brödt (Wirtsch. Ver.) tritt der Auffassung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei. Der Deutsche Staatstag habe unrecht. Der Redner ermahnt die Städte zur freudigen Sparsamkeit.

Darauf werden die Verhandlungen auf Samstag 18 Uhr vertagt. Schluß 20 Uhr.

Ende der Wirtschaftsansprache im Reichstag.

Am Regierungstisch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 13 Uhr. Die Ansprache über die Wirtschaftspolitik in Verbindung mit dem sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrag wird fortgesetzt.

Abg. Raach-München (Bayer. Sp.) verweist auf die Notlage des Mittelstandes, in Handel und Gewerbe und in der Landwirtschaft. Diese Kreise seien weit stärker betroffen als die Industrie.

Abg. Urbahn (Linker Komm.) kritisiert die Haltung der sowjetrussischen Delegation in Genf. Das Auftreten dieser Delegation spreche aber marxistischen Erkenntnis Hohn.

Abg. Graf Reventlow (Nationalsoz.) erklärt, die ganze Debatte stehe im Zeichen der Verschleierung gegenüber dem deutschen Volk. Der eigentliche Inspirator des Gilbert-Memorandum sei Dr. Stresemann.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Völkisch) sieht die Ursache der Mängel der kommunalen Finanzpolitik in der Erbsenberger Steuerreform. Die Gemeinden müßten wieder das Zuschlagsrecht erhalten.

Abg. Bachmann (Dtn.) beipflichtet die Kreditverhältnisse der Landwirtschaft und betont, daß die von der Landwirtschaft dafür aufzubringende Mittel in schreckendem Mißverhältnis zu den niedrigen Preisen ihrer Produkte ständen.

Abg. Dr. Hifferding (S.) erklärt in seinem Schlusswort, wenn Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister erklärt hätten, noch keine Regierung zuvor habe so große Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt, so treffe das höchstens zu für die großen Schwierigkeiten, die der Reichsinnenminister seinen Ministerkollegen bereite.

Der Redner tritt entschieden der Auffassung entgegen, als seien die ausländischen Kredite in Deutschland verschwendert worden. Der jetzige Finanzminister habe allerdings bei den Länderzuweisungen eine gewisse Verschwendung getrieben.

Zum Schluß spricht der Redner der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen aus. Das Mißtrauensvotum hat den Zweck, die Regierung aufzufordern, Staatsanwalt nicht zum Stiefelputzen hergelangt.

Durchlaucht-Frau Gildenwerth ROMAN VON FRED NELIUS

Die alte Kammerfrau der Herzogin gibt weinend Zeugnis über das eheliche Martyrium ihrer Herrin. Die Mißhandlungen des Herzog hatten einen Stein erbarmen mögen.

Der Arzt, der nach dem letzten, schweren Anfall der Herzogin gerufen wurde, hatte damals Sugillationen an dem Fräuleinkörper festgestellt. Auf sein Befragen sagte ihm der Herzog, seine Frau neige in letzter Zeit zu religiösem Wahnsinn.

Der alte Diener, den Hohenaftenberg in Jürgens Gegenwart geschlagen hatte, äußert die Vermutung, Durchlaucht habe ihn nicht leiden mögen, weil er der Herzogin ergeben war.

Auf das Befragen des Vorstehenden über den Verkehr des Angeklagten im herzoglichen Hause erzählte der Alte, daß er Jürgen zum ersten Male an jenem Sommermittag bei der Herzogin getroffen habe.

Jürgen wird danach gefragt. Er antwortet zögernd, stehend. Es klingt abenteuerlich. wenig wahrhaft, was er da erzählt. Daß er im Garten stand. den Schrei der Kranken hörte. durchs Fenster einstieg. sich allein um die Herzogin bemühte, ohne irgend jemand zu rufen.

Der Vorstehende: „Wie kamen Sie damals in den herzoglichen Garten?“

Jürgen: „Ich habe dort — gesungen.“

Der Vorstehende: „Was soll das heißen? Gesungen?“

Jürgen erzählt von seiner Existenz als Lautenfänger. Daß ihn die Not vorübergehend hierzu zwang. Von Steinkirchs Wette.

Der Staatsanwalt: „Also Bänkelsänger. . . Straßenfänger? — Als preussischer Offizier?“

Jürgen schweigt. Der nächste Zeuge ist der Philosoph.

Knapp. . . klar. . . scharf. . . trotz des hohen Gremiums, das da vor ihm sitzt, von seiner überlegenen Worte.

„Keine Werturteile,“ wird vom Vorstehenden gerügt. „Ist auch feins. Wenigstens kein subjektives. Lediglich die Betonung eines Wertbegriffs, der dem deutschen Mann Gemeingut ist.“

Der Staatsanwalt: Was er von der fonderbaren Bänkelsängereigenschaft des Angeklagten wisse? „Mein Freund nahm das alles viel zu schwer. Die Plati-form, von der die Kunst gegeben wird, entscheidet nicht für ihr Niveau.“

„Und dann kam der letzte Akt. Die Bändner. . . Wider. . . Für. . . Der Vorstehende hat den Geschworenen die Schuldfrage vorgelegt. Das Gericht zieht sich zurück. In später Mittagsstunde das Urteil — unter atemloser Spannung: Der Angeklagte wird freigesprochen. Sofortige Haftentlassung. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.“

„Hat der Herr Zeuge kein Gefühl, daß ein alter preussischer Offizier sich nicht als Bänkelsänger auf die Straße stellen darf?“

„Die Antwort darauf muß ich dem Anwalt eines Staates überlassen, der einen tapferen Offizier, der für das Vaterland gelitten und geblutet hat, der die höchsten Kriegsauszeichnungen an Hals und Brust trägt, wirtschaftlich nicht anders trägt.“

Man klatscht im Saale Beifall. Der Vorstehende fährt auf. Er droht mit Räumung.

„Und dann kommt Muttchen. Sie soll über den Charakter ihres Jungen Zeugnis geben. Muttchen. . .!“

„Eine Mutter, die nicht bis in die letzte Regung der Seele ihres Kindes schaut, ist nicht den Namen Mutter wert. Weil ihr sonst die tausendjährige. . . tausend Sinnen feine und Millionen Schmerzen starke Mutterliebe fehlt.“

„Man klatscht im Saale Beifall. Der Vorstehende fährt auf. Er droht mit Räumung.“

„Und dann kommt Muttchen. Sie soll über den Charakter ihres Jungen Zeugnis geben. Muttchen. . .!“

„Eine Mutter, die nicht bis in die letzte Regung der Seele ihres Kindes schaut, ist nicht den Namen Mutter wert. Weil ihr sonst die tausendjährige. . . tausend Sinnen feine und Millionen Schmerzen starke Mutterliebe fehlt.“

„Man klatscht im Saale Beifall. Der Vorstehende fährt auf. Er droht mit Räumung.“

„Und dann kommt Muttchen. Sie soll über den Charakter ihres Jungen Zeugnis geben. Muttchen. . .!“

„Eine Mutter, die nicht bis in die letzte Regung der Seele ihres Kindes schaut, ist nicht den Namen Mutter wert. Weil ihr sonst die tausendjährige. . . tausend Sinnen feine und Millionen Schmerzen starke Mutterliebe fehlt.“

„Man klatscht im Saale Beifall. Der Vorstehende fährt auf. Er droht mit Räumung.“

„Und dann kommt Muttchen. Sie soll über den Charakter ihres Jungen Zeugnis geben. Muttchen. . .!“

„Eine Mutter, die nicht bis in die letzte Regung der Seele ihres Kindes schaut, ist nicht den Namen Mutter wert. Weil ihr sonst die tausendjährige. . . tausend Sinnen feine und Millionen Schmerzen starke Mutterliebe fehlt.“

reinen Tag zu vertieren und an das Volk zu appellieren. Dieser Reichstag entspreche nicht mehr dem Willen des Volkes. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Ueber die Mißtrauensvoten wird am Dienstag abgestimmt werden.

Das Haus vertagt sich auf Montag, 16 Uhr. Interpellation zur Wirtschaftslage im Osten und im Rheinland. Schluß 16.15 Uhr.

Änderung des Mieterschutzgesetzes

Berlin, 5. Dez. Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen wurde nach einem gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten beschlossen, Paragraph 33 Absatz drei des Mieterschutzgesetzes in folgender Weise zu ändern:

„Als Zuschüsse zu Wohnungsbauten gelten Darlehen, die auf Grund der dritten Steuernotverordnung und der Vorschriften über den Geldwertverlustausgleich auf besagte Grundstücke gewährt sind. Im übrigen bestimmt die oberste Landesbehörde, welche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln als Zuschüsse anzusehen sind.“

Zum Reichsschulgesetz

Berlin, 5. Dez. Der Bildungsausschuß des Reichstages fekte am Samstag seine Beratungen über das Reichsschulgesetz fort. Der Vizepräsident, Dr. Krumm, war aus Anlaß der heutigen 25. Sitzung mit einem Rotenkranz geschmückt. Der Ausschuß stimmte dem Antrag der Deutschen Volkspartei zu, einen neuen Paragraphen 10a zu schaffen, wonach die beteiligten Gemeinden zur Mitwirkung bei der Entscheidung über Anträge auf Errichtung oder Umwandlung von Schulformen heranzuziehen sind. War beschäftigt sich dann auch mit Paragraph 11, der von der Ansetzung der Entscheidung handelt.

Die Arbeit wieder aufgenommen.

Einigung im Dresdner Eisenbahnerstreik.

Dresden, 4. Dez. Bei den gestrigen und heutigen Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Eisenbahngewerkschaften kam eine Einigung erzielt werden. Der Betrieb in sämtlichen Dresdner Dienststellen wird umgehend wieder aufgenommen werden. Da Sabotageakte nicht vorgekommen sind, konnte von Disziplinarmaßnahmen abgesehen werden. Reichsbahn und Gewerkschaften werden sich über die noch nicht erledigten Fragen noch verständigen.

Tagung des Reichsparteiausschusses der Demokratischen Partei

Berlin, 5. Dez. (Funfjourn.) Am Sonntag fand im Reichstag eine Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei statt, die aus dem ganzen Reich stark besucht war. Der Parteiausschuß beschloß zunächst die Einsetzung eines Ausschusses, der die Aufgabe hat, für die Wahlkreise und die Reichs- und Landesliste endgültige Vorschläge zur Kandidatenaufstellung zu machen.

Darauf nahm der Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Koch-Weser, das Wort zu einem mehrstündigen Vortrag über die politische Lage. Er betonte, daß es auf die Dauer unmöglich sei, unter der Parole „Mit der Sozialdemokratie“ Politik zu machen. Wohin eine solche Politik führe, zeigten die Wahlen der letzten Monate. In Deutschland könne auf die Dauer nicht ohne oder gegen die Sozialdemokratie, aber auch nicht allein durch die Arbeiter regiert werden. Eine verständige Mischung, in der alle Volksteile sich zusammenschließen, sei notwendig. Das Gegenteil führe über die Reaktion zum Bolschewismus. Die gegenwärtige Regierung könne schon jetzt nach zehn Monaten nicht mehr weiter. Das Telegramm des Reichsinnenministers an die Studenten bezeichne die Redner als den Gipfel der Disziplinlosigkeit und als Erschütterung der Autorität. Zur außenpolitischen Lage übergehend, bedauerte er, daß sich Deutschland im Völkerbund vielleicht zu sehr in die gute Gesellschaft der Großen begeben habe, statt Führer der Kleinen und Unterdrückten zu sein. Der Redner hob dann die Verdienste des Grafen Bernstorff bei der Abrüstungsdebatte in Genf hervor. Auf dem Gebiete der deutschen Finanzpolitik sei die bürokratische Ungeklärtheit noch bedauerlicher, als die grundsätzliche falsche Weg. Der deutsche Föderalismus sei zwar ein Hindernis für eine rationelle Einheitspolitik, andererseits könne man aber auch nicht einseitig gegen die Kommunen Stellung nehmen. Man müsse dem Uebel auf den Grund gehen, indem man den dezentralisierten Einheitsstaat schaffe. Dieser Weg könne aber nicht über Großpreußen führen. Die schwankende Haltung der Deutschen Volkspartei in der Frage des Reichsschulgesetzes sei bedauerlich. Wenn die Deutsche Volkspartei die Volksschule preisgäbe, gäbe es nur eine liberale Partei. Der Redner bekannte sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen als Gegner der Todesstrafe, betonte aber, daß diese Frage keine grundsätzliche Frage der Demokratie sei.

Ernst Sorge machte neuerlich die Haltung des Zentrums, dessen Bündnis mit der Bayerischen Volkspartei den rechten Flügel stärke. Der Parteivorstand schloß mit der Feststellung, daß das Streben der Demokraten von der unvollkommenen Republik von heute zur vollkommenen Republik der Zukunft gehe.

Frau Abg. Dr. Baumer sprach dann über das Reichsschulgesetz und gab einen Überblick über den Stand der Arbeiten im Bildungsausschuß.

Rundgebung für die bad. Simultanschule.

Einmütige Stellungnahme gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Sinshheim, 5. Dez. Angehörige aller Stände und aller Parteien und Konfessionen aus Stadt und Bezirk Sinshheim versammelten sich gestern Nachmittag im Saale des Restaurants zum Stadtpark zu einer imposanten Rundgebung für die badische Gemeinschaftsschule, die sich seit beinahe sechs Jahrzehnten bei uns ausgezeichnet bewährt hat und für die uns der Reichsschulgesetzentwurf eine undurchsichtige, für jeden Fall aber schlechtere, teuerere, zwispalt schaffende Lösung bringen soll. Es war eine wohlthuende Einigkeit, welche die Versammlung von Anfang bis Ende beherrschte. Sämtliche Parteien traten für diese Schule ein, mit Ausnahme des Zentrums. Dafür wurden aber Stimmen seiner Führer Schöfer, Baumgärtner und Wirth aus noch nicht weit zurückliegender Zeit und Stimmen katholischer Kirchenfürsten zitiert, die durchaus in Anerkennung für die badische Simultanschule eintreten.

Die Versammlung wurde eröffnet von Hauptlehrer Mühl-Eschelbach, der seine Freude über den starken Besuch ausdrückte an dem am deutlichsten zu erkennen sei, wie sehr die bad. Bevölkerung mit ihrer Simultanschule verdrängt sei. Unsere Arbeit gelte dem deutschen Volke, für das auch jeder in Kriege kämpfte, nicht für eine Partei oder Konfession. Darum wende

sich der Aufruf an die Bevölkerung, zu helfen im Kampf um diese Gemeinschaftsschule.

Dann sprach der Redner des Tages, Rektor Lacroix aus Heidelberg. Ernste Sorge um unsere Schule, so führte er in eindrucksvoller Rede aus, habe uns zusammengeführt, die eine ernste Sache um das öffentliche Erziehungswesen sei. Bei Abgrenzung der Erziehung könne kein Gemeinschaftsgefühl aufkommen, das jedes Volk für sein Dasein unbedingt brauche. Darum sei die Erziehungspflicht für jeden Einzelnen wie das ganze Volk eine unerlässliche Bedingung, sonst sei sein Untergang besiegelt. Es gilt, das künftige Geschlecht zum Gemeinschaftsgedanken aufzuziehen. Nach der Reichsverfassung ist die gemeinsame Erziehung die Regel, die Gemeinschaftsschule der Grundgedanke, die Religionschulen bilden die Ausnahme. Das ist aber nichts anderes als wir in Baden haben. Was nun gesehen soll, macht aber die Ausnahme zur Regel. Darum erhebt sich die Frage, ob die bad. Schulgesetzgebung sich bewährt hat, oder ihre Grundsätze geändert werden müßten. Der Redner erläuterte nun die Ergebnisse unserer Simultanschule, die durchweg gut sind und als wertvollstes Gut die Erhaltung des Schulfriedens und den völligen Ausschluß von Schulstreitigkeiten aufzuweisen hat, während in den übrigen Teilen des Reichs überall der Schulfriede gestört war durch Streitigkeiten grundsätzlicher Art. Auch das sittliche und religiöse Leben sei durch sie in keiner Weise benachteiligt, denn während in Baden nur 1 % Abmeldungen vom Religionsunterricht erfolgten, seien es 30-40 % in anderen Teilen des Reichs. Auch hinsichtlich der kriminellen Statistik stehe es in Baden gut, während die schlimmsten Verhältnisse der Kreis Köln aufweise. Von 19 Ländern des Reichs haben nicht weniger als 13 die Simultanschule. Durch das neue Gesetz würde der Schulfriede aufgehoben und Unfriede in die Bevölkerung und die Familien getragen. Die Simultanschule beraube die Eltern nicht ihres Elternrechts. Aber vor diesem komme die Elternpflicht, ihre Kinder zu vollwertigen Gliedern der Volksgemeinschaft zu erziehen. Die Folgen schrankenlosen Elternrechts wären verheerend. Die Trennung in der Schule sei von verhängnisvoller Wirkung und die Zerschlagung unserer bad. Simultanschule würde der geschichtlichen Entwicklung entgegenarbeiten und eine Zermürbung des Gemeinschaftslebens herbeiführen, die Bekennnisschule eine Vergewaltigung des religiösen Gewissens herausbeschwöre. Schließlich gab der Redner noch einige Ausführungen über die finanziellen Auswirkungen. Für Baden beträgt nach amtlichen Ziffern der einmalige Aufwand 18 Millionen, der laufende jährliche Aufwand 6 Millionen und im ganzen Reich eine halbe Milliarde Mark. Keine religiöse Gemeinschaft hatte bisher einen Grund zum Einpruch und in fünfzig Jahren ist auch keiner erfolgt, weshalb kein Grund besteht, mit unserer Schule unzufrieden zu sein. Im Namen des Kindes, des Volkes und des Staates müssen wir verlangen, daß an unserer bad. Schule nichts geändert, sondern sie so erhalten wird, wie sie sich in 50 Jahren bewährt hat.

Minutenlang Beifall folgte den lichtvollen Ausführungen und zeigte das Einverständnis der Zuhörer. Der Versammlungsleiter Hauptlehrer Mühl verlas dann folgende

Entschließung als Ausdruck der Versammlung:

„Die aus allen Bevölkerungsschichten und aus allen politischen Parteien überaus zahlreich besuchte Versammlung in Sinshheim ist einmütig der Ueberzeugung, daß die in Baden seit 50 Jahren bestehende und bewährte Simultanschule unter allen Umständen erhalten und geschützt bleiben muß. Sie fordert in Uebereinstimmung mit der unbestreitbaren Wahrheit des ganzen badischen Volkes und des badischen Landtages die dauernde Sicherstellung des jetzigen Schulsystems ohne jegliche Einschränkung. Sie fordert weiter von den bad. Reichstagsmitgliedern und der bad. Regierung, daß sie nur einem Schulgesetz zustimmen, das diese Forderung restlos erfüllt.“

Diese Entschließung fand unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme.

Den Reigen der übrigen Redner eröffnete Dekan Eisen-Sinshheim, welcher an die Rundgebung der ev. Landessynode für die Simultanschule erinnert, welche zum Ausdruck brachte, die evang. Kirche verlange von der Schule, daß im Andersdenkenden der Schüler seinen Mitschüler und Mitmenschen achten le. n. Die gesamte evang. Geistlichkeit steht für die christliche Simultanschule ein und wünscht, daß das schöne Verhältnis zu den Lehrern, die mit großer Treue Hand in Hand mit den Geistlichen arbeiten, erhalten und die Schule vor radikalen Elementen bewahrt bleibe.

Für die deutschnationale Volkspartei teilte Rektorin Gulde-Mannheim mit, daß die Volkspartei den Reichsschulgesetzentwurf ablehne, weil er die Staatshoheit wegbringe in die Hände der Erziehungsberechtigten. Die Partei halte an unserer bewährten Simultanschule fest, weil sie uns vor Kulturkampf bewahre, die religiöse Erziehung gewährleiste und tüchtige Erziehung zum Gemeinschaftsgefühl ermöglicht.

Dieser Erklärung schloß sich für den Landbund Gutsbej, Frank-Sinshheim an, der auch schwere wirtschaftliche Nachteile von einer Aenderung befürchte.

Namens der sozialdemokratischen Partei gab Gemeinderat Stahl-Sinshheim eine Protesterklärung gegen den neuen Schulgesetzentwurf bekannt, der die staatliche Schulhoheit gefährde und trat für einen einheitlichen Schulkörper unter staatlicher Hoheit ein.

Für die liberale Volkspartei erklärte Kaufmann Bette-Heidelberg, daß die Partei engstens mit der Simultanschule verknüpft ist und an ihr festhalte, daß die Partei auch im Reich keinen Schulgesetz zustimmen wird, das nicht die Sicherheit der bad. Simultanschule verbürgt.

Im Namen der Deutschen Demokratischen Partei sprach sich Landtagsabgeordneter Dr. Wolfhard-Mannheim für die Erhaltung unserer Simultanschule aus. Er erinnerte an das Wort Raumanns, daß es ein Verbrechen sei, in die Kinderherzen die konfessionelle Weltanschauung zu tragen. Wir seien ein Volk der Arbeit, das keine konfessionelle Zersplitterung ertragen könne. Er bitte alle, die Vertreter im Reichstag zu veranlassen, sich einmal bei uns erst anzusehen, was eine Simultanschule ist. Alle Parteien müßten bei ihren Zentralkomitees dafür sorgen, daß uns dieses Kulturgut erhalten bleibe.

Es traten weiter für deren Erhaltung ein Landwirt Willy Rupp-Reihen und Schulmachersmstr. Joh. Wolbert-Reinshaus.

Sodann schloß der Vorsitzende Mühl die Versammlung mit Dankensworten gegenüber den Erschienenen und den Rednern mit der Versicherung, der bad. Lehrerverein werde alles tun, diesen Gedanken zum Ausdruck zu verhelfen zum Wohle des badischen Volkes und Staats.

Aus Nah und Fern.

Sinshheim, 4. Dez. (Landw. Vortrag.) Vor einer größeren Anzahl Zuhörer hielt gestern Abend der Leiter der Süddeutschen Beratungstelle des Vereins der Thomaschafaranten, Herr Müller, einen Vortrag über die richtige Anwendung künstlicher Düngemittel. Dem Vortrag voraus ging ein Film, der darstellte, wie ein Gut unter der Leitung eines tüchtigen Verwalters rationell bewirtschaftet wurde, um dann durch einen Verwandten, der sich auf unlautere Weise hineingeschlichen hatte, abgewirtschaftet zu werden, bis schließlich der von harten Schicksalen betroffene entlassene Verwalter wieder einspringen mußte, um

das Gut vor dem Ruin zu retten. Zu Beginn des anschließenden Vortrags betonte der Redner, daß heute für die Landwirtschaft dringend notwendig sei, tüchtige Leute vorzuschicken, die aus den Betrieben alles herausholen können, was nur möglich ist. Ein großer Vorteil sei die künstliche Düngung, die mit möglichst geringen Mitteln beschafft werden kann, viel Mühe und Arbeit erspart und bei richtiger Anwendung große Erfolge verspricht. Der Rückgang der Ernte sei nur an der nicht richtigen Anwendung der verschiedenen Arten Düngemittel zu erblicken. Falsch sei es, wenn man glaube, mit ein oder zwei Düngestoffe auszukommen. Zum Grundfah solle man sich machen, daß die notwendigen Nährmittel dem Boden zugeführt werden, um eine rationelle Wirtschaft zu erzielen. Der darauf folgende Film, eine lustige Gartengeschichte, löste große Heiterkeit aus. Nach der Diskuffion dankte der Redner für das zahlreiche Erscheinen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Abend einige genügende Stunden geboten haben und ein Jeder aus der Vorführung die notwendige Nutzenwendung ziehen möge.

Sinshheim, 5. Dez. (Polizeiliches Vorgehen gegen rücksichtslose Motorradfahrer.) Die Karlsruher Polizeidirektion sieht sich durch verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit genötigt, Kraftfahrzeugführer, insbesondere Motorradfahrer, die sich durch rücksichtsloses Fahren hervortun und mit ihrem Motorrad überlaute Geräusche verursachen, den Führerschein zu entziehen; außerdem erfolgt strenge Bstrafung des Schuldigen. In den letzten Tagen wurden zwei weiteren Motorradfahrern der Führerschein wegen den obengenannten Verfehlen entzogen.

Sinshheim, 2. Dez. (Was sagt der 100 jährige Kalender?) Der Dezember hängt mit Kälte an. Am 3. Schneit es, und das Schneemetter fällt ohne Unterbrechung an bis zum 9. Vom 10. bis 14. haben wir kaltes, helles Wetter zu gewärtigen, dann setzt wieder Schnee ein, der aber mit Regenschauern und nebligem Tauwetter abwechfelt. Der 24. bringt strengere Kälte, ebenso der 25. Erst nach Weihnachten beginnt wieder anderes Wetter und die letzten Tage, besonders der 30. und 31. sind schön und klar; auch die Kälte wird ziemlich nachlassen.

Sinshheim, 1. Dez. (Kinderpielzeug.) Zum Weihnachtsfest wird es für viele Kinder wieder eine Ueberfülle von Spielzeug geben, so daß sie nicht wissen werden, womit sie sich zuerst beschäftigen sollen. Die meisten Menschen verstehen eben nicht die Kunst der Beschränkung und unverständige Eltern fangen schon bei jungen Kindern an, durch Ueberhäufung von Spielsachen den kleinen Geist unftet zu machen. Das Zuviel verdirbt die Freude am Spiel, verdirbt den Geschmack und verwirrt die Gedanken. Eines zur Zeit fähig die Begierde, entwickelt das Verständnis und regt das Nachdenken an. Wenn zum Beispiel ein Junge ein Schiff bekommt, so wird es gut, wenn er nur dieses eine Stück erhält, so daß er durch den häufigeren Gebrauch den Zusammenhang des Ganzen begreift. So wird dem Kinde das Spielzeug lieb und vertraut, es kennt es wie seinen besten Freund. Nie wird es die Zerstörungsmut an ihm auslassen, denn es fühlt, daß der Bestand hierdurch bereichert worden ist und daß das Interesse für völlig neue Dinge geweckt wurde. Das Kind wird immer wieder das traute Spielzeug mit Freuden zur Unterhaltung benutzen, und das Spiel wird nicht leeres Zeitverschlagen sein.

Wahlstadt, 4. Dez. (Besitzwechsel.) Das Hermann Grün'sche Anwesen an der Sinshheimerstraße ging um die Kaufsumme von 40000 Reichsmark an den Verein Landtschulheim (Volksschule Mannheim-Feudenheim) über. Der Verein beabsichtigt in den Gebäuden abwechselnd eine Klasse der Volksschule Feudenheim bis 6 Wochen hier unterzubringen und zu unterrichten. Der Betrieb soll versuchsweise schon zwischen Weihnachten und Neujahr aufgenommen werden und diesmal zunächst mit Knaben und Mädchen der Fortbildungsschule. Im März nächsten Jahres wird dann der Betrieb entgeltlich beginnen. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel ist bereits eine Lotterie aufgelegt, (Lospreis 50 Pfg.) da wie wir hören die Anstalt bedeutend vergrößert werden soll und daher umfangreiche bauliche Erweiterungen der Anlage erforderlich werden.

Jugenhausen, 4. Dez. (Tabakverkauf.) Letzte Woche wurde in hiesiger Gemeinde ein Teil des Tabaks verladen. Der Preis pro Zentner beträgt für das Übergut 50 Reichsmark; für Sandblätter ist der Preis verschieden, je nach Qualität. Käuferin ist eine Firma aus Graben.

Meckesheim, 3. Dez. (Verschiedenes.) Infolge eines Defekts am Transformator im hiesigen Elektrizitätswerk wurde die Zufuhr vom Kraftstrom fast gänzlich unterbrochen. Nur der im Werke selbst erzeugte Strom stand noch zur Verfügung. Die hiesige Zündholzfabrik sah sich deshalb genötigt, vom Dienstag bis Donnerstag Fiererschichten einzulegen. Auch die Hausbeleuchtung war während dieser Tage so schlecht, daß ein Arbeiten bei Licht fast ausgeschlossen war. Seit Freitag ist der Schaden wieder beseitigt. — Nachdem die Absperrung in der Zigarrenindustrie aufgehoben worden ist, wurde ab Freitag der Betrieb der Zigarrenfabrik wieder aufgenommen, was in Anbetracht der bevorstehenden Weihnachtstage nur zu begrüßen ist.

Obergimpfen, 4. Dez. (Goldene Hochzeit.) Am 26. November beging der Gemeinde-Waldhüter Heinrich Kühne mit seiner Ehefrau das Fest der Goldenen Hochzeit. Unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung zog das Jubelpaar in Begleitung aller Kinder und Kindeskinde in die Kirche, um den Bund fürs Leben zu erneuern. Die erhebenden Worte der Kirche, sowie ein huldvolles Schreiben des H. N. Erzbischofs machten tiefen Eindruck auf die Festgäste. Der Kirchenchor, dem zwei Söhne als eifrige Mitglieder angehören, sang die Festmesse unter Leitung seines Dirigenten Hauptl. Schneider. Am Abend veranstaltete der Chor am Hause der Jubilar ein Ständchen, bei dem das Mitglied Günther die Segenswünsche aussprach. Auch die Gemeindevorwaltung und die Regierung nahm Anteil am Ehrentag der Jubilar, indem von beiden je eine Gabe überreicht und Glückwünsche überbracht wurden. Möge dem Jubelpaar ein sonneriger Lebensabend beschieden sein.

Eppingen, 4. Dez. (Vortrag.) Die von der hiesigen Ortsgruppe der „Badischen Heimat“ veranstalteten Volkshochschulkurse nahmen am Freitag Abend mit einem Vortrag von Regierungsbaumeister Dr. Eisenlohr-Karlsruhe ihren Fortgang. Der Redner behandelte in seinen Ausführungen das moderne Flugwesen insbesondere ging er auf die verschiedenen Versuche der Ozonüberquerung ein. Die dem Vortrag beigegebenen Bilder taten das Uebrige, um den Zuhörern einen reichen Wissensschatz eines wenig gekannten Gebietes zu vermitteln.

Sulzfeld, 4. Dez. (Das Gasthaus „zur Krone“), das im Sommer in sehr geschmackvollen Farben verputzt wurde, nachdem sein Besitzer Guggolz einen dritten Stock angebaut hatte, erhält jetzt ein wirkungsvolles Wirtschaftsschild, das in seiner Schmiedearbeit das Kron-Zeichen präsentiert. Das Wirtshaus hat übrigens auch als eine Seltenheit eine Strebepfeile in Form eines Mannes.

Dielheim, 4. Dez. (Billiges Schweinefleisch.) Da die Metzger und Händler den hiesigen Bauern zu niedrige Preise boten, hieben einige ihre Schweine selbst aus. Die Metzger merken bald, daß die Kunden ihr Fleisch kauften, wo es am billigsten ist und sahen sich genötigt, das Fleisch zu 80 Pfg. abzusetzen, was leider nur einen halben Tag dauerte.

Heidelberg, 5. Dez. (Inbetriebnahme des neuen Lokomotivschuppens.) Am 1. Dezember wurde der neue Lokomotivschuppen in Betrieb genommen. Dieser bietet Raum zur Unterbringung von 46 Lokomotiven und ist mit allen modernen Einrichtungen ausgerüstet. Dem Lokomotivschuppen angegliedert sind die erforderlichen Werkstätten sowie ein Verwaltungsgebäude und ein Lagerhaus.

** Nauenberg, bei Wiesloch 3. Dez. (Tabakarbeiterver-

Frankenthal, 5. Dez. (Ein Separatist unter Meineids-

Vandau, 3. Dez. Vor dem großen Schöffengericht in Van-

Sierholz, 4. Dez. (Ein Unglück kommt selten allein.)

** Karlsruhe, 4. Dez. (Arbeitswiederaufnahme im

** Offenburg, 5. Dez. (Unfall.) Ein 54-jähriger Stadt-

Wiederaufnahme der Ausgrabungen in der Höhenstufen-

Eberbach, 5. Dez. Zu den bemerkenswerten mittelalter-

Durch großzügige Ausgrabungen vor dem Kriege gelang es,

Heidelberg, 3. Dez. Vor dem Heidelberger Schwurger-

Heidelberg, 1. Dez. Das Heidelberger Schwurgericht trat

Heidelberg, 1. Dez. Das Heidelberger Schwurgericht trat

Heidelberg, 1. Dez. Das Heidelberger Schwurgericht trat

Heidelberg, 1. Dez. Das Heidelberger Schwurgericht trat

Turnen, Sport und Spiel.

Handball.

Sinsheim 1. - Riehen 1. 6:1.

Gestern meiste die Handballabteilung des T. B. Sinsheim

Gestern haben nun die Verbandsspiele ihren Abschluß ge-

Fußball-Ergebnisse aus Süddeutschland.

Meistertischspiele.

Gruppe Württemberg:

Stuttgarter Kickers - S.C. Stuttgart 1:4

Sportfr. Stuttgart - Vf.R. Gaisburg 3:1

Vf.B. Stuttgart - Union Bödingen 5:2

F.F. Juffenhäuser - F.C. Birkenfeld 2:0

Gruppe Nordbayern:

1. F.C. Nürnberg - U.S.V. Nürnberg 6:1

Bayern Hof - F.C. Bagreuth 1:2

F.C. Fürtth - Sp.Bg. Fürtth 0:4

Gruppe Südbayern:

Wacker München - Jahn Regensburg 3:1

Schwaben Augsburg - S.V. München 1860 1:2

Gruppe Baden:

Freiburger F.C. - Phönix Karlsruhe 1:2

Vf.B. Karlsruhe - S.C. Freiburg 0:2

Karlsruhe F.V. - F.C. Billingen 3:1

F.V. Offenburg - Sp.Bg. Freiburg 4:2

Gruppe Rhein:

Germ. Friedrichsfeld - Vf.R. Mannheim 1:1

S.V. Waldhof - Phönix Ludwigshafen 2:3

Palz Ludwigshafen - Mannheim 08 0:2

Ludwigshafen 03 - Phönix Mannheim 6:3

F.V. Speyer - Vf.L. Neckarau 0:2

Gruppe Saar:

1. F.C. Saar - F.C. Pirmasens 3:1

Bor. Neunkirchen - Trierer S.V. 05 6:0

Eintr. Trier - Vf.R. Pirmasens 2:2

Kreuznach 02 - Saar 05 Saarbrücken 2:3

Sportfr. Saarbrücken - F.V. Saarbrücken 3:3

Gruppe Moselle:

Sp. Moselle - S.V. Dornum 98 4:2

F.S.V. Mainz 05 - Vf.L. Neu-Wehr 2:0

Wormatia Worms - Alemania Worms 4:0

Sp.Bg. Wehrheim - S.V. Wiesbaden 3:3

Germ. Wiesbaden - S.V. Höchst 01 0:1.

Schweinemarkt in Bruchal vom 3. Dezember 1927.

Angefahren wurden: Milchschweine 193, Läufer 54. Verkauft

wurden: Milchschweine 150, Läufer 30.

Bekanntmachung.

Den Dienst des Brunnenmeisters.

Sinsheim, den 1. Dezember 1927.

Bekanntmachung.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des

Sinsheim, den 5. Dezember 1927.

Weihnachten in Bethel!

In Leid und Dunkelheit der Erde hinein scheint

Wer hilft uns dabei mit? Jede kleinste Gabe

F. v. Bodelschwingh P.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1927.

Postfachkonto Hannover 1904.

Qualitäts-Bismal!

Altkannthol, anerkannt feinstes Mischpulver

Anfragen unter Nr. 1004 an den Landboten.

Sch möchte auf Land Wohnung

In Eppingen ist eine Real-Wirtschaft

mit großem Saal an tüchtige Metzgers-Cheleute

Kautionsfähige Bewerber wollen sich melden

unter „Metzgerei-Wirtschaft“ an den Landboten.

Bekanntmachung!

Als früherer Inhaber der Firma J. Geiger, Heidelberg vom Jahre

Uhren - Goldwaren Bestecke, Trauringe Brillantschmuck

das Neueste nur erstklassig zu allerbilligsten Preisen bei

Emil Burger

Uhrmacher und Juwelier

Heidelberg

Sophienstraße 7a I. Etage.

Hausfabrikation

richten wir ein. Dauernde und sichere Erfindung

Chem. Fabrik Wylsdorf

Inh. R. Münkner

Zeig-Wylsdorf.

Sprechstunde der Handwerkskammer Mannheim

am Dienstag, d. 6. Dez. von vormittags 10 Uhr ab

im Gasthaus z. „Bären“

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Mein großer Weihnachts-Verkauf

zu besonders niederen Weihnachtspreisen

dauert fort!

Kaufen Sie Ihre Weihnachtsgeschenke nicht zu spät.

E. SPEISER

Voricht beim Ankauf von

Thomasmehl

Wir liefern mit Gehaltsgarantie unterm Vorkriegspreis.

Torf und Torfmull

haben wir in prima trockener Ware auf Lager.

Ferner empfehlen wir zur Weihnachtsbäckerei feinstes

Auszugsmehl

zum billigsten Tagespreis.

Kornhaus Sinsheim.

Piano

fast neu, nußbaum

Karl Hochstein

Hauptstr. 73 Tel. 535

Advertisement for E. Speiser Christmas sale, featuring Thomasmehl, Torf und Torfmull, Auszugsmehl, Kornhaus Sinsheim, and Piano.